

035. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 20.04.2011

Rede von MdL Annetrin Klepsch während der Aktuellen Debatte auf Antrag der Fraktionen CDU und FDP zum Thema: „Sachsen braucht freiwilliges Engagement – Perspektiven zu jetzigen Zivil- und Ersatzdiensten entwickeln“

Auszug Protokollmitschrift

Sehr geehrter Herr Präsident!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eigentlich ist es erfreulich, dass wir eine so lebhaftige Debatte haben, wenn wir einmal die Volksverhetzung von rechts außen ausblenden.

Die Welt könnte so schön sein. Mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes gibt es 35.000 Stellen für Männer und Frauen jedes Alters, die sich engagieren wollen. Vieles in dem Gesetz der Bundesregierung klingt tatsächlich gut, wenn man nicht in die Details und das Kleingedruckte schaut.

Man muss aber auch sagen: Mit der Einführung der 35.000 Stellen fallen 90.000 Zivildienststellen weg. Die Kolleginnen und Kollegen vor mir haben schon darauf hingewiesen.

(Zuruf des Abg. Patrick Schreiber, CDU)

Frau Schütz, lassen Sie uns noch einmal überlegen oder schauen: Warum ist denn die Wehrpflicht ausgesetzt worden? Doch nicht, weil plötzlich die CDU der Meinung war, wir brauchen keine Bundeswehr mehr, sondern weil der Finanzminister Herr Schäuble gesagt hat: Lieber Minister Guttenberg, wir müssen sparen, schau doch einmal, wo du beim Haushalt sparen kannst.

(Zuruf der Abg. Kristin Schütz, FDP)

Herr Guttenberg hatte versucht, das irgendwie umzusetzen. Am Ende kommt heraus, dass es wahrscheinlich mit einer Berufsarmee und der Aussetzung der Wehrpflicht teurer werden wird als früher angenommen. Das ist Bundespolitik.

Herr Schreiber hatte vorhin erwähnt, dass er vor einem Jahr gefordert habe, dass es für alle jungen Menschen in diesem Land einen Pflichtdienst geben sollte. Ich kann das bestätigen. Es war in einer Besuchergruppe. Wir hatten mit den jungen Menschen – einer Gruppe von Freiwilligen aus Sachsen – eine spannende Diskussion. Sie sagten überwiegend, dass sie sich einen Zwangsdienst bzw. einen Pflichtdienst für alle nicht vorstellen könnten. Sie fanden, dass ein Freiwilligendienst etwas sei, wofür man sich entscheiden möchte und nicht gezwungen fühlen muss.

Dass sich die sächsische Regierungskoalition jetzt wieder für den Freiwilligendienst interessiert, ist erfreulich. Leider – das hatte Henning Homann schon angesprochen – passiert es erst pünktlich zum Beschluss des Bundesrates. Wir dürfen uns in der heutigen Aktuellen Debatte im Nachgang damit beschäftigen.

Politik heißt aber auch, wenn man etwas gestalten möchte, dass man sich vorher damit befasst. Man hätte vorher eine Debatte anregen können. Man hätte eine sächsische Position ausloten können, die im Bundesrat zu vertreten wäre. Hinterher feiert man nur die Beschlüsse der Bundesregierung.

Ich möchte das aus meiner Sicht noch einmal kritisch anmerken: Die heute angeregte Debatte ist der Versuch, sich aus CDU- und FDP-Sicht mit dem Bundesfreiwilligendienst zu schmücken. Noch vor einem halben Jahr haben Sie mit den Kürzungen im Landeshaushalt im Sozialministerium den Freiwilligendienst in Sachsen deutlich abgesenkt. Es ist ein Ablenkungsmanöver von dem sächsischen Sparwahn Ihres Finanzministers. Das muss man einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei den LINKEN und des Abg. Mario Pecher, SPD)

Für diejenigen, denen die Zahlen nicht präsent sind, liste ich diese gerne noch einmal auf. Der Freiwilligendienst in Sachsen hatte im Jahr 2010 noch 2 Millionen Euro Zuschuss aus dem Landeshaushalt erhalten. Das waren 1.100 Stellen. Für dieses Jahr reden wir von 1,4 Millionen Euro für etwa 700 Stellen. Im nächsten Jahr geht es noch weiter herunter. Bisher war die Nachfrage nach diesen Einsatzstellen deutlich größer als die zur Verfügung stehenden Stellen.

... Lieber Kollege Schreiber! Ich kann Ihnen leider nicht ganz Recht geben. Erstens: Ich erkläre es noch einmal. Der Doppelhaushalt 2008/2009 beinhaltete noch 1.100 Stellen. Diese sind zum 31.08.2009 ausgelaufen. Das neue Einsatzjahr 2010 hat mit 500 Stellen aufgrund der Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahmen begonnen.

... Sie haben in allen anderen Bereichen - vor allem in der offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit - deutlich gekürzt. Sie haben nach den zahlreichen Protesten noch ein wenig Schmerzensgeld draufgelegt. Sie haben Kosmetik betrieben, weil in den entscheidenden anderen Bereichen nichts hinzu gekommen ist. Es fand eine Erhöhung um 200 Stellen statt. Es ist aber nicht mehr auf dem gleichen Niveau - ursprünglich 1.100 Stellen. Das ist die Kritik. Daran halte ich fest.

(Beifall bei den LINKEN - Zurufe des Abg. Mario Pecher, SPD, sowie des Abg. Patrick Schreiber, CDU)

- Entschuldigung, ich habe hier vorn das Wort.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Ja, bitte. Wenn Sie den Bedarf nach Aufklärung haben, stellen Sie bitte weitere Fragen. Das kann ich Ihnen nur empfehlen.

Annekatrien Klepsch, DIE LINKE: Herr Kollege Schreiber, ich möchte aber auch etwas Positives sagen.

(Zuruf des Abg. Patrick Schreiber, CDU)

- Doch, das kann ich. Wenn man sich das einmal wohlwollend anschaut, was die positiven Aspekte des Bundesfreiwilligendienstes sind. Es ist schön, dass es nicht nur Einsatzstellen im Sozial- und Pflegebereich gibt, sondern auch in der Kultur- und Denkmalpflege, im Natur- und Umweltschutz sowie im Sport. Das muss man würdigen.

Es ist außerdem positiv, dass es einen Beirat geben soll. Dieser soll zum einen aus Vertretern der Freiwilligen und zum anderen aus Vertretern der Einsatzstellen verschiedener Träger zusammengesetzt sein. Es gibt also eine fachliche Rückkopplung an die Bundesregierung. Die pädagogische Begleitung der Freiwilligen wird durch den Bund finanziert.

Richtig, Herr Kollege Schreiber, der Bund gibt so viel Geld wie noch nie für diese Einsatzstellen aus. Bisher musste er das aber auch nicht finanzieren. Durch die Aussetzung des Zivildienstes fallen außerdem 294 Millionen Euro weg, die auf Bundesebene umgewidmet werden. Das ist keine Zusatzausgabe, sondern eine Umschreibung von Haushaltsmitteln. So viel Klarheit muss sein.

Ich möchte noch einen Kritikpunkt benennen. Ein Problem sehen wir bei der Frage des Taschengeldes. Dieses ist nach oben gedeckelt. Es sind maximal 330 Euro pro Jugendlichen pro Monat. Nach unten ist es aber nicht gedeckelt. Es wird dort je nach Verhandlungsgeschick der jungen Menschen und der Einsatzstelle zu einer Ungleichbehandlung der Freiwilligen kommen - je nachdem, wie viele Mittel der Träger für seine Einsatzstelle selbst behalten möchte. Und: Wir haben in diesem Bereich keine Arbeitsmarktneutralität. Wir haben eine Parallelstruktur...

Leider ist meine Redezeit zu Ende.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)